

Themenblock I - Aufnahme von Flüchtlingen

5. Menschenhandel und Prostitution



Claudia Rabe
(in Zusammenarbeit
mit Jozefa Paulsen)
contra - Fachstelle gegen
Frauenhandel in Schleswig-
Holstein

Dem Thema Menschenhandel höhere landespolitische Priorität einräumen

Ebenso lange, wie contra betroffene Frauen unterstützt, machen wir politisch darauf aufmerksam, dass die Arbeit gegen Menschenhandel ein schleswig-holstein-spezifisches Konzept braucht. In anderen Bundesländern gibt es ministerielle interdisziplinäre Runde Tische zum Thema Menschenhandel und verbindliche Kooperationsvereinbarungen bzw. Erlasse zwischen der Landespolizei und den Fachberatungsstellen sowie weiteren Beteiligten. Zudem zeigt ein bundesweiter Länder-Überblick, dass andere Fachberatungsstellen im Bundesgebiet von Ländern und Kommunen finanziell stärker ausgestattet sind.

Zusätzlich berücksichtigt werden muss das Thema Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung, zu dem das BMAS eine aktuelle Studie herausgegeben hat (<http://www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/Meldungen/studie-menschenhandel-arbeitsausbeutung.html>).

Auch in Schleswig-Holstein braucht es den Aufbau geeigneter Strategien und Strukturen - es ist davon auszugehen, dass Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung z.B. in privaten Haushalten, Pflege, Reinigung und in anderen Branchen stattfindet. Jedenfalls wenden sich bereits heute Betroffene an contra und das dürfte die Spitze des Eisbergs sein.

Bei uns verfestigt sich der Eindruck, dass das Thema Menschenhandel ein Nischenthema in Schleswig-Holstein bleibt trotz guter Beispiele aus anderen Bundesländern, die auch in Schleswig-Holstein ohne größeren Kostenaufwand aufgebaut werden könnten. Was die Finanzierung von contra angeht, wird seit Jahren auf die begrenzten Mittel des Landes hingewiesen. Dabei besteht landesweit ein hoher Beratungsbedarf – die Dunkelziffer ist hoch. Demgegenüber erwerben die Täter/innen illegal und auf Kosten der Betroffenen immense Gewinne, die nicht nur für die Betroffenen, sondern zusätzlich einen hohen volkswirtschaftlichen Schaden bedeuten – u.a. auch wegen der von den Täter/innen dem Fiskus vorenthaltenen Steuern, Sozialabgaben etc.

Teilen Sie die Auffassung von contra, dass eine schleswig-holstein-spezifische Strategie gegen Menschenhandel entwickelt werden muss und für welche Maßnahmen wollen Sie sich einsetzen?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung der landesweiten Fachberatungsstelle contra angepasst und ausgebaut wird?

Beratungsangebot für Prostituierte schaffen

Prostitution ist eine gesellschaftliche Realität, vor der wir die Augen nicht verschließen können. In Schleswig-Holstein ist das Prostitutionsmilieu weit gefächert, jedoch gibt es nur wenige Erkenntnisse darüber (vgl. Bericht der Landesregierung Drucksache 17 / 2222). Bekannt ist, dass überwiegend Migrantinnen in der Prostitution tätig sind, nach Studien ca. 60 - 80 % der Prostituierten. Viele von ihnen haben keine Krankenversicherung und sind nicht ausreichend informiert. Ihre Arbeits- und Lebenssituationen sind häufig äußerst prekär, Sprachbarrieren erschweren das Suchen nach Auswegen. Anders als in anderen Bundesländern gibt es in Schleswig-Holstein keine spezielle Beratungsstelle für Prostituierte. Dabei sind (mehrsprachige) Beratungsangebote, aufsuchende Arbeit und Hilfen beim Aus- und Umstieg dringend benötigt – dies zeigen die Erfahrungen einiger Gesundheitsämter, von contra und von „Eva“ (Angebot in Flensburg, in dem für die aufsuchende Arbeit vier Stunden wöchentlich zur Verfügung gestellt werden). Zwar wird derzeit auf Bundesebene die Regulierung der Prostitution angestrebt (contra leitet gern entsprechende Stellungnahmen für die landes- und bundespolitischen Beratungen dazu weiter) – jedoch braucht es unabhängig von diesen Entwicklungen bereits heute dringend ein Beratungsangebot für Prostituierte in Schleswig-Holstein.

Teilen Sie die Auffassung von contra, dass sich Schleswig-Holstein dem Themenbereich Prostitution stärker widmen muss und (mindestens) ein Beratungsangebot für Prostituierte geschaffen werden muss? Werden Sie sich dafür engagieren?